

Niedersachsen auf Landesebene organisiert. Sie hat folgende Anteile erhalten: Bottrop 6 %, Gelsenkirchen 2,5 %, Recklinghausen 1,3 %, in anderen Städten 1 bis 2 %. (Zuruf: Das sind Kommunisten!) Nein, das sind sie nicht! Sie sehen also, daß die DWU durchaus die Möglichkeit hat, einen nicht geringen Teil der Stimmen auf sich zu vereinigen. Sie arbeitet systematisch weiter am Ausbau ihrer Organisation. In ihr sind Kräfte tätig, die mit der SPD unzufrieden sind. Ich halte es für notwendig, daß man die weitere Entwicklung zunächst einmal abwartet und keine Erklärungen darüber abgibt, wie sie politisch zu klassifizieren ist. Das sollte man erst tun, wenn die weitere Entwicklung besser übersehen werden kann.

Von Hassel: Ist es möglich, einmal gegenüberzustellen den Stimmenanteil der DWU dem entsprechenden Verlust der SPD?

Dufhues: Die SPD hat z.B. in Bottrop bei der Wahl 1961 erreicht: 26.780 Stimmen, bei der letzten Kommunalwahl dagegen 28.746. Die DWU hat 3.600 Stimmen bekommen.

Von Hassel: Ich darf den beiden Herren für ihre Berichte und auch zugleich allen, die in den Landesverbänden bis in die Ortsparteien hinein tätig sind, sehr herzlich danken. – Damit möchte ich die Sitzung schließen und Ihnen allen eine gute Heimfahrt wünschen. Wir sehen uns bald wieder in Köln.

20

Köln, 24. April 1961

Sprecher: Adenauer, Albers, Blumenfeld, Burghacher, von Hassel, Heck, Hellwig, Johnen, Kraske, Krone, Scheufeleni, Schmidt, Schröder.

Bericht zur politischen Lage. Ablauf des Bundesparteitages. Finanzfragen. Verschiedenes.

Beginn: 10.30 Uhr

Ende: 11.20 Uhr

Adenauer: Meine Herren! Vorläufig sage ich „Meine Herren“, denn es ist noch keine Dame da. Herr Kraske hat mir mitgeteilt, daß hier in diesem Saal sechs Plätze

die Hintertür. KPD-Kandidaten als „Unabhängige“ getarnt); UiD Nr. 47 vom 24. November 1960 S. 8 („Plafond“ für Kommunisten?); „Bonner Informationen“ vom 11. Januar 1961 (In eigenen Stricken gefangen).

unbesetzt blieben, wenn alle Mitglieder anwesend wären. Ich sehe aber, daß der Raum ziemlich dicht besetzt ist. Für die Höhe dieses Saales bin ich nicht verantwortlich, aber wir werden uns an diesen Raum gewöhnen.

Entschuldigt haben sich Frau Dr. Weber, Frau Dr. Rehling, Frau Dr. Jochmus, die Herren Dr. Fricke, Dr. Zimmer und Dr. Fay.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Zum Punkt 1 der Tagesordnung lassen Sie mich Ihnen folgendes sagen: Ich höre, daß 430 Journalisten zum Parteitag angemeldet sind. Wie die auf ihre Kosten kommen werden, das ist mir völlig schleierhaft. Wenn es möglich wäre, eine gute Diskussion zu führen, dann würden wohl auch die Journalisten auf ihre Kosten kommen. Ich glaube also, man sollte das einmal versuchen; denn es ist natürlich unangenehm, wenn die Presse in großem Umfange schreibt: Das war eine höchst langweilige Sache bei der CDU. Daß ein großer Teil der Presse uns gegenüber sehr unfreundlich eingestellt ist, wissen Sie ja. Herr Kraske! Wird die Diskussion so verlaufen, daß man glaubt, die Journalisten kämen dadurch auf ihre Kosten?

Kraske: Ja, das glaube ich; denn die einzelnen Referate sind so thematisch abgestimmt, daß jeweils zu diesen einzelnen Themen Stellung genommen wird. In diesem Verfahren, das Herr Dr. Heck vorbereitet hat, ist ausreichende Zeit für die Diskussion vorgesehen.

Adenauer: Herr Heck! Können Sie etwas darüber sagen?

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf kurz darüber berichten, wie der Ablauf dieser drei Tage gedacht ist. Die vielerlei Fragen und Probleme, die in den beiden großen Referaten angeschnitten werden, sollten nicht kreuz und quer durcheinander diskutiert werden, weil gerade das, was wir erreichen wollen, nämlich einen ordentlichen und geordneten Eindruck auf die Öffentlichkeit zu machen, gefährlich [!] wäre. Deswegen ist vorgesehen, daß die Hauptthemen dieses Parteitages in einer weiteren Diskussion im Detail behandelt werden. Beide Tage sind eingeteilt in Diskussionsabschnitte, der erste Tag in vier, der zweite Tag in fünf. In diesen Diskussionsabschnitten wird jeweils einer der im Programm vorgesehenen Redner das Thema für die Aussprache exponieren. Dann wird dieses Thema in der Aussprache behandelt. Wenn Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, dann geht die Diskussion zum nächsten Punkt weiter, die wiederum in der gleichen Weise wie beim ersten Punkt eingeleitet wird. So geht es denn fortlaufend weiter.

Wir haben berechnet, daß wir insgesamt etwa zwölf Stunden Zeit – wenn genügend Wortmeldungen vorliegen – für die Diskussion haben. Man wird zunächst abwarten müssen, wie stark sich die Diskussionsfreudigkeit entwickeln wird. Für den Fall, daß sich sehr viele Diskussionsredner melden, wäre es vielleicht angebracht, wenn der Präsident dazu überginge, die Teilnehmer zu bitten, sich in ihren Diskussionsbeiträgen auf maximal fünf Minuten zu beschränken.

Damit die Diskussion nicht völlig dem Zufall überlassen bleibt, ist jedes dieser neun Themen mit einem Kreis von fünf bis zehn Delegierten, die auf dem Parteitag anwesend sind, durchgesprochen worden. Diese Damen und Herren haben sich überlegt, was sie zu diesem Thema sagen werden, so daß wir eine Sicherheit dafür haben, daß alle wesentlichen Punkte in der Diskussion auch besprochen werden. Wir haben auch die Sicherheit für den Fall – was bei Parteitagen immer möglich ist –, daß manche Dinge wieder zurechtgerückt werden müssen.

Adenauer: Ich würde Sie bitten, einmal mit dem Herrn Johnen, dem Präsidenten, darüber zu sprechen, damit die ganze Diskussion einen guten Eindruck auch auf die Öffentlichkeit macht.

Johnen: Wir werden überlegen müssen, wie der jeweilige amtierende Präsident die Diskussion leiten kann. Deshalb werden wir je nach dem Thema den Präsidenten auswählen. Der amtierende Präsident muß die Vollmacht vom Parteitag haben, die Redezeit festzulegen. Ich glaube so autoritär zu sein, daß ich das persönlich kann.

Adenauer: Ich komme damit zur politischen Lage. Die politische Lage, insbesondere die außenpolitische, ist sehr trübe. Das werden Sie wahrscheinlich genauso empfinden wie ich.

Seit dieser Nacht haben wir von den französischen Stellen keine Nachrichten mehr, abgesehen von den Agenturnachrichten, die in der Presse stehen.¹ Die Situation scheint mir doch ziemlich kritisch zu sein. Die französische Regierung hat, wie Sie gelesen haben werden, versucht, die Flugplätze möglichst unbrauchbar zu machen; aber Fallschirmjäger können überall landen. Sie brauchen keine Flugplätze. Und die geringe Truppenzahl im Mutterland einschließlich hier in der Bundesrepublik ist sehr zerstreut und in kleine Posten aufgeteilt, weil man möglichst überall Posten haben wollte. Ob im Mutterland alle Generale zuverlässig sind, weiß man nicht. Das wird wohl schließlich auch davon abhängen, wie die Generale in Algier operieren.

Es hat keinen Zweck, daß wir uns hier in allen möglichen Überlegungen ergehen; denn wir wissen nichts Genaues und können nichts Genaues wissen. Wir müssen abwarten. Aber die Tatsache an sich, daß so etwas gegen de Gaulle sich ereignet hat, ist im höchsten Maße bedauerlich und natürlich sehr geeignet, das Ansehen de Gaulles zu mindern, auch in Frankreich, es sei denn, daß es ihm schließlich doch gelingen wird, wieder die Autorität zur Geltung zu bringen. Das kann jetzt kein Mensch sagen.

¹ Putschversuch von Teilen der französischen Armee am 22. April 1961 in Algerien, um die Lösung Algeriens von Frankreich zu verhindern. Der Putschversuch endete am 25. April (AdG 1961 S. 9057–9060).

Kuba ist der zweite Minuspunkt.² Anscheinend ist Präsident Kennedy von seinem Dienst nicht richtig unterrichtet gewesen. Man hat wohl angenommen, daß das Castro-Regiment in Kuba schon ungefähr am Ende sei, so daß dann, wenn eine Landung erfolge, aus dem Lande selbst ein Aufstand gegen Castro ausbrechen würde. Anscheinend hat man auch nicht gewußt, daß Castro derartig viele Waffen hat, und zwar sowohl Flugzeuge wie auch Panzer. Was aus Kuba sich entwickeln wird, das ist ganz unübersichtlich. Wenn Sie sich die Karte vor Augen führen, dann werden Sie sofort sehen, daß mit Raketen von Kuba aus der ganze amerikanische Kontinent beherrscht werden kann. Das ist eine Position, die für die Vereinigten Staaten von denkbar größtem, ja von vitalem Interesse ist. Also, was daraus wird, ist völlig unübersehbar.

Wenn Sie nun diese beiden Fakten nehmen, den Aufstand in Algier und den Mißerfolg der Invasion in Kuba, und nun hinzunehmen, daß Sowjetrußland jetzt an Kuba ein verstärktes Interesse nimmt, so daß die Gegensätze zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten aufs schärfste aufeinanderstoßen, dann sehen Sie bereits daraus, ohne lange darüber zu reden, wie düster augenblicklich die ganze außenpolitische Situation ist. Man muß also die Dinge so sehen, wie sie sind. Und sie sehen sehr trüb aus!

Aber auch wenn es gelingt – was wir ja hoffen –, daß kein großer Krieg kommt, so fürchte ich doch, daß die Front der freien Völker nicht ohne Schaden bleiben wird durch diese ganzen Ereignisse. Ich hoffe vor allen Dingen, daß das Ansehen Frankreichs draußen in der Welt, aber auch im Inneren des Landes, nicht so sehr leiden wird; denn das würde uns alle treffen. Das ist jetzt eine atlantische Sache. Ich möchte eigentlich kaum noch etwas hinzusetzen, meine Herren. Wir können nur in Ruhe und Geduld warten. Die Sache ist von so überragender Bedeutung, daß dagegen die Innenpolitik – ich komme gleich darauf zurück – zurücktreten muß. Vielleicht äußert sich der eine oder andere von Ihnen gleich dazu.

Es scheint, daß Sie meine Worte entgegennehmen wollen, aber selbst – ich kann das verstehen – sich nicht dazu äußern. Aber wenn im Laufe unserer Tagung etwas von Bedeutung passieren sollte – und das ist sehr gut möglich, wir hatten gestern einmal eine ernste Besorgnis, aber bisher hat sich nichts ereignet auf diesem Gebiete –, dann würde ich Sie zusammenrufen und Ihnen entsprechende Mitteilungen machen. – Meine Damen und Herren! Sie scheinen mit diesen Vorschlägen einverstanden zu sein.

Nun möchte ich Ihnen zunächst sagen, daß die letzte Zählung von EMNID – ich habe sie nicht hier – unwahrscheinlich gut gewesen ist. Ich sage das geradeheraus, sie ist unwahrscheinlich gut, aber Sie wissen genauso wie ich, daß man vor einer Wahl noch nicht beruhigt sein kann, sondern erst dann, wenn die Wahl vorüber ist. (*Zurufe:*

² Ein Invasionsversuch von Exil-Kubanern (Kubanischer Revolutionärer Rat), der mit Billigung der Vereinigten Staaten durchgeführt wurde, war zwischen dem 17. und 20. April 1961 gescheitert (AdG 1961 S. 9038–9043, 9045–9047, 9052).

Sehr richtig!) Deshalb bin ich gar nicht glücklich über dieses unwahrscheinlich gute Ergebnis und diese Auskunft, weil dadurch sehr leicht eine übertriebene Sicherheit unter den Wählern und all denen, die an der Wahl mitarbeiten, zu unserem Schaden eintritt. (*Blumenfeld*: Wir korrigieren EMNID ein bißchen!) Sie wollen korrigieren? So etwas darf man nicht. Das Wort hat Herr Kraske.

Kraske: Ich darf Ihnen die Zahlen bekanntgeben. Nach der letzten Zählung haben sich ausgesprochen für die

CDU	37 %
SPD	26 %
FDP	5 %
BHE	2 %
DP	1 %
sonstige Parteien	1 %

28 % haben keine Angaben gemacht. Gerade diese Zahlen sind für uns sehr aufschlußreich, weil unser Hauptinteresse bei diesem Bevölkerungsteil liegen muß, der sich ja erst vor der Wahl entscheidet. Gerade diese Schichten werden das entscheidende Element beim Wahlkampf sein.

Adenauer: Ich würde so sagen: Die Witterungsaussichten sind gut, aber die Witterung schwankt öfter. Natürlich soll man sich freuen, daß die Witterungsaussichten gut sind, aber wir müssen alles tun, damit die Ernte wirklich trocken in die Scheune kommt. Ich hoffe, daß ich damit auch Ihre Meinung getroffen habe. – Wir kommen damit zum Ablauf des Parteitages. Das Wort hat Herr von Hassel.

ABLAUF DES BUNDESPARTEITAGES

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir haben eben bereits über den Verlauf der Diskussion gesprochen. Das Programm mit den einzelnen Diskussionsabschnitten liegt Ihnen bereits vor, so daß wir darüber nicht mehr lange zu reden brauchen, bis auf eine sehr entscheidende Frage; wir wollen am vierten Tage vormittags die Aussprache fortsetzen und dann verschiedene Thesen verabschieden, mit denen wir in den Wahlkampf gehen möchten. Vielleicht kann Herr Heck, der den Parteitag vorbereitet hat, einmal in großen Linien angeben, wie etwa diese Thesen aussehen sollen. Sie sind abgesprochen worden mit den einzelnen Diskussionsrednern, die am zweiten und dritten Tage diskutieren werden. Über diese Thesen müßte dann am Nachmittag diskutiert werden, damit anschließend darüber abgestimmt werden kann.

Wir müssen jetzt noch über das Präsidium und das Redaktionskomitee sprechen. Für beide Gremien liegen Vorschläge vor. Bei der Zusammensetzung des Präsidiums des Parteitages sind wir wie früher davon ausgegangen, daß als Präsident der Vorsitzende der gastgebenden Landespartei gewählt wird. Diesmal ist es der Vorsitzende

des Rheinlandes, Herr Landtagspräsident Johnen. Die Mitglieder des Präsidiums sind nach regionalen Gesichtspunkten eingeteilt, und zwar werden folgende Damen und Herren vorgeschlagen:

Herr Albers, gastgebender Vorsitzender von Köln, (*Albers*: Dazu möchte ich etwas sagen!) Frau Sibille Hartmann³, Herr Kiesinger, Herr Lemmer, Frau Dr. Steinbiß, Herr Dr. Stoltenberg. Außerdem ist vorgeschlagen Herr Dr. Fricke. Herr Fricke hat aber gebeten, von ihm abzusehen. Er ist auch entschuldigt. Wenn wir nun für Herrn Fricke einen anderen Herrn aus dem norddeutschen Raum nehmen, dann müssen wir hier noch einmal darüber sprechen.

Für das Redaktionskomitee sind vorgesehen: Bundesminister Dr. Schröder, Vorsitzender ... (*Schröder*: Kann man nicht jemand anderes nehmen?)

Adenauer: Das ist aber sehr schwierig, Herr Schröder, Sie haben doch die Erfahrung!

Von Hassel: Ich darf die weiteren Mitglieder vorlesen: Dr. Barzel, Bauknecht, Dr. Gradl, Dr. Heck, Katzer, Dr. Pettenberg, Schmücker, Dr. Schiettinger, Dr. Otto Schmidt, Frau Dr. Schwarzhaupt.

Adenauer: Darf ich um einen Vorschlag bitten für einen Herrn aus dem norddeutschen Raum, der für Herrn Fricke gewählt werden soll. (*Zurufe*: Herr Blumenfeld!) Aus dem norddeutschen Raum wird Herr Blumenfeld vorgeschlagen. (*Blumenfeld*: Ich bin kein Bürgermeister a.D.!) Er widerspricht nur zögernd, und deshalb kann ich wohl annehmen, daß er doch annimmt, wenn er gewählt wird.

Albers: Ich danke den Herren, die mich vorgeschlagen haben, aber ich möchte Ihnen sagen, daß ich doch lieber unten im Volke sitze, damit ich nachher auch an der Aussprache teilnehmen kann. Wenn ich oben sitze, habe ich ja kein Recht, meine Meinung zu sagen. (*Zurufe*: Das können Sie wohl!)

Adenauer: Herr Albers! Wer Sie kennt, der weiß, daß man Sie nicht so leicht mundtot machen kann. Sie brauchen also nicht so schwarze Hintergedanken zu haben! (*Albers*: Ich habe keine schwarzen Hintergedanken, sondern ...) Sie können sprechen, was Sie wollen, auch wenn Sie Mitglied des Präsidiums sind. (*Albers*: Ich habe sogar tiefschwarze Gedanken, wie Herr Gerstenmaier einmal gesagt hat. Ich möchte aber, Herr Bundeskanzler, meine Freiheit haben und nicht da oben sitzen und nur zuhören, was die anderen reden.) Herr Albers! Sie sind doch Vorsitzender der Kölner Partei. Sie haben einen sehr guten Wahlkampf geführt und viel gearbeitet. Sie sind auch der Vorsitzende der Sozialausschüsse. Wie können Sie sagen: Ich tue das nicht! Sie können doch jederzeit reden, soviel wie Sie wollen. Wenn Sie aber die Wahl nicht annehmen, dann ist das doch peinlich für Sie und für uns. Ich bitte Sie also, Ihre Bedenken zurückzustellen. Nehmen Sie die Sache an! – Ich stelle fest, daß er annimmt. Herr Blumenfeld nimmt auch an! (*Blumenfeld*: Unter derselben Voraussetzung!) Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

3 Sibille Hartmann (1890–1973), 1945 Mitgründerin der CDU in Köln, 1946–1973 CDU-Stadtverordnete in Köln, Mitglied des Landesvorstands der CDU-Rheinland.

Albers: Es ist hier eben das Redaktionskomitee berufen worden. Seit dem Parteitag 1950 in Goslar hat mein verehrter Freund Josef Arndgen immer dem Redaktionskomitee angehört. Ich möchte Sie bitten, Herrn Arndgen noch hinzuzunehmen.

Schmidt: Ich würde gern mitmachen, aber ich bin durch meine Mitwirkung im Vermittlungsausschuß und im Finanzausschuß am Dienstag und Mittwoch teilweise gehindert, hierzusein.

Adenauer: Das ist ein triftiger Grund. Ich darf im Namen von Herrn Krone mitteilen, daß auch die Fraktion an unserem Parteitag nur wenig teilnehmen kann, weil im Bundestag die Ausschüsse tagen. Dort drängt sich kurz vor dem Schluß der Session alles zusammen. Die Herren können also nur sporadisch bei uns sein. (*Zuruf:* Herr Dr. Hellwig!) Herr Dr. Hellwig ist vorgeschlagen. (*Hellwig:* Ich kann am Mittwoch nicht hiersein, weil ich nach Luxemburg muß.)

Schröder: Ich würde Herrn Hellwig trotzdem vorschlagen, auch wenn er zeitweise nicht hiersein kann. Wir brauchen noch einen weiteren Mitarbeiter, denn es wird diesmal relativ schwierig werden. Schon beim letztenmal haben wir gesehen, daß es bis auf den letzten Drücker geht. Es handelt sich in der Tat um eine schwierige Angelegenheit.

Adenauer: Herr Schröder hat völlig recht, es ist wirklich eine schwierige Arbeit. Aber ich würde das Ganze etwas kürzer fassen. (*Albers:* Ich muß noch einmal den Namen Arndgen nennen, und zwar aus den bekannten Gründen.)

Krone: Ich habe nichts dagegen, aber Herr Arndgen hat in Bonn seine Arbeit, insbesondere in den Ausschüssen. (*Albers:* Andere haben auch Arbeit!) Gut! Wenn es so ist, dann gehe ich rüber.

Adenauer: Wer macht es nun?

Von Hassel: Wir haben nun folgendes Gremium: Bundesminister Dr. Schröder, Vorsitzender, Dr. Barzel, Bauknecht, Dr. Gradl, Dr. Heck, Katzer, Dr. Pettenberg, Schmücker, Dr. Schiettinger, Dr. Hellwig, wenn er nach Brüssel fährt, dann Dr. Martin, Frau Dr. Schwarzhaupt. (*Albers:* Und was ist mit Herrn Arndgen?)

Krone: Und Arndgen!

Adenauer: Das Wort zum Punkt 3 der Tagesordnung hat Herr Professor Dr. Burgbacher.

FINANZFRAGEN

Burgbacher: Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, wenn ich mich kurz fasse. Laut § 10 unserer Vorläufigen Finanzordnung muß der Haushaltsplan auf der ersten Bundesvorstandssitzung nach dem 30. November zur Verabschiedung vorgelegt werden. Der Haushaltsplan war vorher, aufgrund des § 9 unserer Finanzordnung, im Bundesfinanzausschuß.⁴ Der Haushaltsplan ist dem

⁴ Protokoll der Sitzung des Bundesfinanzausschusses vom 14. April 1961 in ACDP VII-001-050.

Kassenprüfer bekannt. Wir haben in diesem Jahr einen laufenden Etat mit den üblichen Einnahmen und Ausgaben und einen außerordentlichen Etat für die Bundestagswahl und die Kommunalwahl.

Ich darf um Ihr Verständnis bitten, wenn ich keine Zahlen nenne. Ich darf aber versichern, daß der Haushaltsplan für die laufenden Aufwendungen durch entsprechende Einnahmen gedeckt ist. Ebenso ist der außerordentliche Etat für die Bundestagswahl nach menschlichem Ermessen gesichert. In diesen Haushaltsplänen sind nicht enthalten: die Verlagsgesellschaft, die Hausgesellschaft, unsere politische Akademie und der Bau des Bundesparteihauses in Bonn, der voraussichtlich in diesem Jahre begonnen wird.⁵

Die Wahlfinanzierung auf der Bundesebene scheint nach menschlichem Ermessen gesichert. Auf der Länderebene, wo wir keine juristische, aber eine moralische Verantwortung haben, ist die Sicherung verschieden. Es gibt Länder, bei denen alles völlig in Ordnung ist, es gibt Länder, wo es in Ordnung scheint, und es gibt einige Länder, wo die Sache nicht in Ordnung ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit in Ihre Erinnerung rufen, daß wir alle Landesverbände gebeten haben, in ihren Haushaltsplänen dafür einzutreten, daß entsprechende Mittel nicht nur aus dem Bundeshaushalt, sondern auch aus dem eigenen Landeshaushalt aufgebracht werden. Erfreulicherweise ist diese Aktion bis jetzt so gelaufen, daß wir auf der Bundesebene fünf Millionen haben. Eine Erhöhung ist in diesem Jahre nicht möglich. Auf der Landesebene sind es bis jetzt insgesamt drei bis vier Millionen. Angestrebt werden auf beiden Ebenen zehn Millionen.

Ich habe nunmehr die Bitte an den Bundesvorstand, aufgrund der Genehmigung des Haushaltsplanes durch den Bundesfinanzausschuß und der Kenntnis des Haushaltsplanes durch die von Ihnen gewählten Kassenprüfer den Haushaltsplänen zuzustimmen.

Adenauer: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß dementsprechend beschlossen ist. (*Burgbacher:* Vielen Dank!) Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Im § 12 unserer Vorläufigen Finanzordnung heißt es:

„Für die Bundespartei und die Landesverbände beauftragen deren Vorstände zum Ende eines Rechnungsjahres einen öffentlich bestellten Buch- und Wirtschaftsprüfer mit der Überprüfung der Parteifinzen.“

Der Bundesausschuß bestellt für jedes Geschäftsjahr auf seiner ersten Sitzung des Kalenderjahres zwei Kassenprüfer.“

⁵ Verlagsgesellschaft: Die im „Verein Unionpresse“, später „Union Betriebs-GmbH“, zusammengeschlossenen CDU-nahen Zeitungen (vgl. Stöss 1 S. 650–654). Hausgesellschaft: Gesellschaft zur Verwaltung des ersten Gebäudes der Bundesgeschäftsstelle der CDU und zum Bau eines neuen Gebäudes (vgl. ACDP VII-001-050). Politische Akademie (vgl. Nr. 11 Anm. 23).

Wir sind noch nicht soweit. Wir haben lediglich vorliegen das Jahr 1959, dessen Haushaltsplan durch Wirtschaftsprüfer geprüft worden ist. Das stammt also noch aus der Zeit der Periode von Herrn Bach. Dem Herrn Bach wurde im Rahmen der damaligen Finanzverhandlungen Entlastung erteilt. Ich bitte aber, der Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 1959, weil die Berichte den Prüfern vorgelegen haben, auch noch Entlastung zu erteilen.

Adenauer: Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann stelle ich fest, daß Sie alle zustimmen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zum Punkt 4. Das Wort hat Herr Kraske.

VERSCHIEDENES

Kraske: Wir haben zum erstenmal auf einem Parteitag eine Ausstellung gemacht, und zwar seit dem Parteitag in Goslar im Jahre 1950. Auf diese Idee sind wir heute wieder zurückgekommen, weil wir vor kurzer Zeit ein Archiv von Plakaten entdeckt haben, die die SPD bis heute geklebt hat. Diese Plakate beginnen mit einer Darstellung des Kommunistischen Manifests, und es geht dann über die ganzen Irrungen und Wirrungen der SPD bis zum heutigen Tage. Wir glauben damit, unseren Delegierten und vor allem auch den 420 anwesenden Journalisten in die Erinnerung rufen zu können, wie sich die SPD entwickelt hat. Eines der günstigsten Plakate ist „Professor Erhard ruiniert die deutsche Wirtschaft“. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Ein anderes Plakat heißt „Morgen werden wir 6 Millionen Arbeitslose haben“. Wir haben diese Plakate in einem Schaukasten zusammengefaßt, und zwar jeweils durch bestimmte markante Zitate der SPD ergänzt. Ich glaube, durch diese Ausstellung kommt jeder Teilnehmer auf seine Kosten.

Adenauer: Dann führen Sie die Presse auch dorthin!

Kraske: Ja, das ist vorgesehen!

Hellwig: Ich möchte anregen, einige besonders wirkungsvolle Plakate aus dieser Sammlung in Diapositiven festzuhalten. Man kann sie dann als Stegreiffilme verwenden.

Kraske: Wir haben bereits einen Film und eine Tonbildschau mit stehenden Diapositiven und gesprochenen Kommentaren. Es wird dafür gesorgt, daß das ganze Material zusammengestellt und entsprechend verwertet wird.

Adenauer: Wortmeldungen zum Punkt Verschiedenes liegen nicht mehr vor. Damit können wir unsere heutige Vorstandssitzung schließen. Der Parteiausschuß tritt in zehn Minuten zusammen.